

Eingang 18.04.18 JP, HW



in der Stadtverordnetenversammlung

18.04.2018

An die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Pohlheim
Frau Anja Sames-Postel

Ludwigstr. 31
35415 Pohlheim

Abschaffung von Beiträgen zur Straßensanierung

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Sames-Postel,

die Fraktionen der FW und der CDU bitten im Rahmen der nächsten Stadtverordnetensitzung folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich auf der Landesebene und über den Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) dafür einzusetzen, dass die Verpflichtung zur Einführung von Straßenbeitragssatzungen aufgehoben wird. Dabei soll nach Möglichkeiten und deren Voraussetzungen der Gegenfinanzierung der wegfallenden Beiträge der Bürgerinnen und Bürger gesucht werden.
2. Der vorgenannte Beschluss hat keine Auswirkung auf die geltende Beschlusslage zur möglichen Einführung wiederkehrender Straßenbeiträgen.

Begründung:

Das Thema von gerechten Straßenbeiträgen ist derzeit in aller Munde. Vor Ort hat die Stadtverordnetenversammlung im vergangenen Jahr mehrheitlich beschlossen zu prüfen, ob die Beitragssatzung auf die Erhebung von „wiederkehrenden Beiträgen“ umgestellt werden soll.

In Bayern wird geprüft, ob die Beitragszahlung für grundlegende Straßensanierungen gänzlich abgeschafft werden kann. Außerdem soll geprüft werden, wie ein kommunaler finanzieller Ausgleich erfolgen kann.

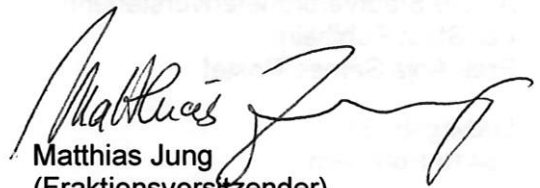
Die Antragsteller nehmen die Sorgen der durch die Zahlung von Beiträgen zur Straßensanierung betroffenen Menschen ernst und streben eine für alle tragbare und gerechte Lösung an.

Bei allen Überlegungen sollen die Straßen in einem guten Zustand gehalten und den Kommunen die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sollte das Land nicht über das erforderliche Geld verfügen, muss seitens des Bundes ein entsprechender Ausgleich erfolgen oder den Kommunen vor Ort die Erhebung einer zweckgebundenen Sonderabgabe gestattet werden.

Der Bundesverkehrswegeplan sieht Investitionen von rund 260 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 vor. Laut statistischen Bundesamt hat der Bund in 2016 allein rund 40,1 Milliarden Euro aus Energiesteuer (früher Mineralölsteuer) und rund 9 Milliarden Euro aus der KFZ Steuer eingenommen. Die Einnahmen aus der Energiesteuer liegen seit mehr als zehn Jahren auf diesem Niveau.



Andreas Schuch
(stellv. Fraktionsvorsitzender)



Matthias Jung
(Fraktionsvorsitzender)